

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig, Aden & Comp., Nr. 20818.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Dresdner Bank, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtposten monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn monatlich 7.25 M. Ein Jahrgang 80 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Weinbergplatz 10, Tel. 26 261. Eredruckerei nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Weinbergplatz 10, Tel. 26 261. Reichsdruckerei von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6 Spaltenzeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 6 Spaltenzeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Auftrags-Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwechselung 20 Pf.

Nr. 136

Dresden, Mittwoch den 16. Juni 1920

31. Jahrg.

Ein Kabinett Fehrenbach?

Berlin, 16. Juni. Präsident Fehrenbach hat den Reichstag für den 24. Juni, nachmittags 3 Uhr, einberufen. Trimborn sagte heute vormittag seine Bemerkungen fort. Vorläufig läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Anscheinend versucht er, den bürgerlichen Block der drei Mittelparteien herzustellen. Präsident Fehrenbach wird als Kandidat für den Reichskanzlerposten mit Bestimmtheit genannt. Geheimrat Simons für den Posten des Außenministers. Man versichert in Zentrumskreisen, daß das Kabinett heute nachmittag zustande kommt.

Vor einer bürgerlichen Minderheitsregierung

Trimborn verhandelt weiter.

Abgeordneter Trimborn sagte im Laufe des Dienstag seine Bemerkungen, eine Regierung zustande zu bringen, fort. Er verhandelt wiederum zuerst mit den Herren Hermann Müller und Ebe, die ihm ausdauern, daß ein Ministerkabinett der bürgerlichen Koalitionregierung unmöglich sei und daß auch sein Wunsch, unsere Fraktion möge wenigstens einen Vertrauensmann in das neue Kabinett entsenden, keine Aussicht habe, von der Fraktion bewilligt zu werden. Das Verhalten unserer Partei zu der neuen Regierung werde von ihren Taten abhängen.

Abgeordneter Trimborn richtet nunmehr sein Bemühen darauf, ein Kabinett ohne Sozialdemokraten zustande zu bringen.

Irrtümer.

In diesem Augenblick, so schreibt der Vorwärts, in dem die Bemühungen um die Bildung einer Regierung der bürgerlichen Mitte noch fortbauern, ist es vielleicht angebracht, mit einigen Irrtümern aufzuräumen, die in der bürgerlichen Presse immer wieder auftauchen. Man braucht sich nicht lange aufzuhalten bei der Aufstellung der deutschnationalen Freise, die in unterm gegenwärtigen Verhalten nur die Vorbereitung zu leisten will, die bürgerliche Reichstagsmehrheit gewaltig zu überrennen. Jeder, der Programm und Geschichte der Sozialdemokratischen Partei kennt, weiß, daß für sie ein gewalttätiges Vorgehen gegen Mehrheiten, die im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse handeln, nicht in Betracht kommt.

In andern bürgerlichen Parteien hegt man die Beforgnis, die Sozialdemokratische Partei wolle die Regierung der bürgerlichen Mitte sich nicht bilden lassen, um sie sofort wieder an ihren Oppositionshörnern aufzulieben. Auch diese Auffassung ist falsch. Daß die Sozialdemokratische Partei zu einer Regierung der bürgerlichen Mitte in grundsätzlichem Gegensatz stehen muß, ist selbstverständlich. Aber da das gemalte Verhalten der Unabhängigen die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung notwendig gemacht hat, hat die Sozialdemokratische Partei kein Interesse daran, die Lebensdauer einer solchen Regierung künstlich zu beschranken. Ihre Oppositionsstellung zu einer solchen Regierung ist von vornherein gegeben, ihr tatsächliches Verhalten in der Opposition wird aber von den Taten der Regierung selbst abhängen.

So gewiß die Sozialdemokratie auf Antisozialismus der revolutionären Organisationsformen mit den stärksten Kampfmitteln antworten wird, so wenig kann es dem Willen einer praktisch-sozialistischen Arbeiterpolitik, wie sie sie treiben will, entsprechen, ohne Rücksicht auf die Handlungsweise der Regierung sofort das letzte Votum zu verweigern. Die Arbeiter werden das auch vollkommen verstehen, daß ihre Vertretung im Parlament nicht Opposition ins Blaue hinein treibt, sondern daß sie vom Standpunkt ihrer Interessen aus an die Handlungen der Regierung den Maßstab sachlicher Kritik legt, wie das ja auch in früheren Zeiten ganz allgemein geschehen ist.

Unser Ziel muß es bleiben, den durch das Verhalten der Unabhängigen geschwächten Einfluß der Arbeiterklasse auf die Politik des Reiches wiederherzustellen und über das frühere Maß hinaus zu erweitern. Als Mittel dazu kommt eine Fortsetzung der alten Koalitionspolitik oder eine irgendwo anders geartete Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierungsbildung nicht in Betracht, aber ebensowenig eine bloße Wählerhilfe, ohne jede Klarheit darüber, was an die Stelle der gestürzten Regierung zu setzen sei.

Die „wohlwollende Neutralität“

Berlin, 16. Juni. In einer Auslassung der sozialistischen Korrespondenz heißt es: In der bürgerlichen Presse ist viel von der angeblichen wohlwollenden Neutralität die Rede, die die Sozialdemokratie einem Ministerium Trimborn oder Schiffer entgegenbringen sollte. Was man sich unter diesem Wort vorstellen soll, ist uns nicht recht verständlich. Die Sozialdemokratie wird selbstverständlich einer rein bürgerlichen Regierung oppositionell gegenüberstehen. Ihre tatsächliche Oppositionsstellung besteht nur darin, daß sie bei ihrer Opposition das Verbot der wohlwollenden Neutralität einer Partei nicht verweigern ist. Sie werden aber nicht einmal unter andern Umständen der Wählerhilfe zustimmen. Aber dieses Verbot ist nicht als ein Verbot der wohlwollenden Neutralität und darüber braucht kein besondertes Verbot abgeschlossen zu werden.

Eine Erklärung der Demokratischen Partei

Der Führer der Demokratischen Partei, Dr. Vetter, gab heute Trimborn folgende Erklärung ab: Nachdem die Frage der Bildung einer neuen Regierung heute zum ersten Male an die Reichstagsmitglieder der Deutschen Sozialistischen Partei, Berlin, gestellt ist, so ist es mir, als Mitglied der

Nach Artikel 53 der deutschen Reichsverfassung ernannt der Reichspräsident den Reichskanzler und auf dessen Vorschlag die Reichsminister. Wir haben, besonders nach dem leidenschaftlich geführten Wahlkampf, ein Abwählen von diesem Wege für verhängnisvoll an. Daß die Parteien sich bereit erklären, Kandidaten zu bilden, ohne vorher das sachliche Programm des Kabinetts und seine Zusammensetzung zu kennen, erscheint mir ausgeschlossen.

Nur auf dem streng verfassungsmäßigen Wege kann die Bildung einer Regierung gelingen. Der Reichspräsident bezeichnet einen Reichskanzler, der ein Programm für seine Regierung zu entwerfen und auf dieser Grundlage seine Mitarbeiter zu ernennen hat. Dann haben die Parteien und demnach der Reichstag zu beschließen, ob sie dieser Regierung mit ihrem Programm das Vertrauen ausdrücken wollen oder nicht. Unsere Partei erklärt sich, unbedeutend durch die Hoffentlichkeit des neuen Kabinetts, ohne parteipolitische Vorbehalte, bereit, sachlich und paktlos in einem Kabinett mitzuarbeiten, das durch seine Verantwortlichkeit und durch sein Programm die Gewähr für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau gibt.

Die unerlässliche Bestandteile dieses Programms bezeichnen ich von vornherein folgende Punkte:

Wohlstand und unbedingte Anerkennung der Weimarer Verfassung. Abkehrung und Bekämpfung jeder monarchistischen Agitation. Verwirklichung jedes Fortschritts der Kultur, einer Klassenfreiheit oder der Einräumung von Vorrechten an eine Klasse. Eine Politik der Volkshilfe und der Förderung des politischen, sozialen und kulturellen Fortschritts. Wahrung jedes Klassen- und Klassenkampfes, auch des Klassenkampfes. Befreiung der Arbeiter ohne parteipolitische Rücksichten mit Personen, die in Wort und Tat sich an den Boden der Verfassung stellen und gewillt sind, in ihrer amtlichen Tätigkeit die Regierung tatkräftig zu unterstützen. Die aber nichtswürdig nach ihrer Art und Vorbildung das Amt annehmen erzieht sind.

Die obersten Grundsätze der Politik sind schon jetzt, weil sie mit der unerlässlichen Voraussetzung der von Vertrauen des Volkes getragenen Regierungsbildung zu sein müssen.

Wir sind im einzelnen zu machen, über Führung unserer ausländischen Politik. Über die Gestaltung unserer Wirtschaftspolitik, über die Förderung unserer Kultur und sozialen Lebens, über unsere Wehrmacht, steht mir nicht zu, sondern in Sache des Programms, das der Reichskanzler mit seinen Ministern zu entwerfen hat.

Die Stellungnahme der Parteien

Über die Sitzung der Deutschen Volkspartei erzählt die Volkszeitung folgendes: Die Partei hat nach längerer Debatte beschlossen, sich an einer Regierung der Mitte, der das Zentrum und die Demokraten angehören sollen, zu beteiligen. Sie lehnt es aber ab, gegenüber einer Regierung der alten Koalition, der auch die Wehrheitssozialdemokraten angeschlossen, von vornherein wohlwollende Neutralität zu beschließen. Sie würde gegen ein derartiges Kabinett keine prinzipielle Opposition beschreiben, aber sich nicht zu einer Unterstützung durch Neutralität verpflichten. In der Resolution sprach sich die Mehrheit der Stimmen nicht für ein parteipolitisch, sondern für ein Wirtschaftspolitisch aus. Es wurde betont, daß es der Deutschen Volkspartei ziemlich gleichgültig sei, zwischen Parteien die Mitglieder des künftigen Kabinetts politisch zu stellen, das aber darauf gelegt wird, daß die einzelnen Parteimitglieder mit hervorragenden Funktionen besetzt werden. Größtes Interesse zeigte sich innerhalb der Deutschen Volkspartei nur für die Besetzung des Reichsministerkabinetts. Für das einstimmig einer der besten Sozialisten, Geheimrat Wiedel, in Vorrichtung gebracht wurde, der auch von Vertretern der Arbeiterpartei. Auch über die Besetzung des Außenministeriums wurde lebhaft diskutiert; es fanden Namen wie Graf v. Helldorf, von Helldorf, v. Dintze auf. Schließlich einigte man sich darauf an der Partei dahin, sich mit Geheimrat Simons einverstanden zu erklären.

Was in der Zentrumsfraktion war die Stimmung durchweg einseitig für einen Wied der Mitte und für ein größtenteils aus Reichsministern bestehendes Kabinett. Das Zentrum hat großen Wert darauf, daß der Reichskanzler seiner Fraktion entstammen wird. Sowohl die Deutsche Volkspartei als auch das Zentrum erklärten, es begrüßen zu wollen, wenn auch mehrheitlich sozialistische Reichsminister in das Kabinett eintraten würden. Es wurde besonders der gegenwärtige preussische Minister des Innern Erering genannt für das Reichsministerium des Innern.

Die deutschnationale Volkspartei äußert in einer öffentlichen Erklärung ihre Unzufriedenheit darüber, daß die neue Regierung nicht mit dem Grundsatz von Teilnahme an den Verhandlungen für die Regierungsbildung an sie herangetreten sei. Das müsse um so mehr beunruhigen, weil durch die Erklärungen der Parteien und durch die Haltung der deutschnationalen seit den Wahlen ihre Bereitwilligkeit feststehe, den Bedürfnissen des Vaterlands, und zwar unter Opfer der Parteianschauungen und der Parteinteressen gerecht zu werden.

Was nun?

In einem Artikel in der Wiener Arbeiterzeitung äußert sich Karl Kautsky über die durch die Wahlen geschaffene Lage. Seine Ausführungen sind auf eine kurze Kritik des Verhaltens der Unabhängigen Partei, der ja auch Kautsky noch immer angehört. Wir legen die Kritik Kautskys hier folgen.

Die Wahlen in Deutschland sind vollzogen. Sie haben ungefähr das gebracht, was sie versprochen: Stärkung der deutschnationalen, der Nationalliberalen und der Unabhängigen, Rückgang der Wehrheitssozialisten und der Demokraten. Diese Verschiebung ging jedoch nicht in dem Maße vor sich, in dem es viele erwarteten. Gar mancher träumte von der Vernichtung der Wehrheitssozialisten, so daß die Unabhängigen als die einzige ernsthafte Arbeiterpartei bestanden und die Einheit des Proletariats mit ihrem Sieg hergestellt wäre. Dazu ist es nicht gekommen. Die Wehrheitssozialisten haben sich verhalten, sind jedoch immer noch härter als die Unabhängigen. Und nach verschiedenen anderen Wahlen der

letzten Zeit zu schließen, scheint es, als hätte die Ebbe ihres Niederganges bereits ihren höchsten Stand überschritten und als begänne für sie wieder die Zeit eines wenn auch langsamen Aufstieges.

Auf jeden Fall ist die Idee ad absurdum geführt, das deutsche Proletariat dadurch zu einigen, daß die Unabhängigen den rücksichtslosesten Kampf gegen die Wehrheitspartei führen. Wir stehen nun noch vor der Alternative: entweder Herabsetzung und damit Schwächung des deutschen Proletariats ins Unabsehbare, oder Herstellung einer Arbeitergemeinschaft zwischen den bisher feindlichen Brüdern. Wer diese Arbeitergemeinschaft hindert, übernimmt eine furchtbare Verantwortung gegenüber der Sache des Proletariats.

Wie wird sich aber unter diesen Umständen die nächste Regierungsbildung gestalten? Drei Möglichkeiten tauchen auf: die Bildung einer reinen Arbeiterregierung; die Wiederherstellung der alten Koalition; und endlich drittens die Übergabe der Regierung an einen rein bürgerlichen Block. Jede dieser Möglichkeiten bezeugt den größten Schweregrad. Aber die einer reinen Arbeiterregierung wäre kaum größer als die der beiden Alternativen.

Wohl verfügen die beiden großen sozialistischen Parteien, wenn sie sich vereinigten, nicht über die Mehrheit im Parlament. Die Übernahme der Regierung durch eine Minderheit scheint den Geboten der Demokratie zu widersprechen; doch nur scheinbar. Die Demokratie verbietet bloß, daß sich eine Minderheit mit Gewalt den offenkundigen Willen der Mehrheit widersetzt. Sie verbietet es keineswegs, daß eine Partei ein Ministerium bildet, das noch nicht die Mehrheit besitzt, aber alle Aussicht hat, diese zu gewinnen, wenn es die Politik treibt, die den Bedürfnissen der Volksmehrheit entspricht. Natürlich wäre eine rein sozialistische Regierung unter dieser Voraussetzung schon früher möglich gewesen. Heute sind die Sozialisten in ihrer Gesamtheit an Zahl schwächer als nach den Wahlen des vorigen Jahres. Aber heute wissen die beiden sozialistischen Parteien, daß keine der beiden die andre zu sprengen vermag. Und das System Kautsky ist überwunden. Da brauchen die inneren Widerstände gegen die Herstellung eines sozialistischen Blocks also nicht mehr so stark zu sein wie früher. Vereinigt würden aber die Sozialisten die weitaus stärkste unter den Parteien der Nationalversammlung bilden. Machen sie sich in der Regierung zum Sprachrohr des Gebotes der Stunde, würden sie sich an, das zu tun, was im Interesse der Massen notwendig und vernünftig ist, dann gewinnen sie nach allgemeinem Vertrauen, dann wegen die demokratischen und katholischen Arbeitervertreter in der Nationalversammlung nicht, gegen sie zu stimmen. Sollten sie es aber doch tun, dürfte die sozialistische Regierung mit besserer Aussicht auf Erfolg Neuwahlen riskieren.

Voraussetzung ist freilich, daß, wie schon bemerkt, die Regierung ein Aktionsprogramm hat, das dem Gebot der Stunde entspricht. Welches ist dieses Gebot? Es ist — darüber müssen wir uns klar werden und danach handeln — leider noch nicht das einer sofortigen Durchführung des Sozialismus, sondern das einer Liquidierung des Krieges. Der furchtbare Krieg mit den mahnenden Friedensbedingungen der Entente hat den Produktionsprozeß aufs tiefste erschüttert. Ihn aufs rascheste in Gang zu bringen, ist das dringendste Gebot. Sozialistische Produktion ist aber nicht von heute auf morgen durchzuführen, darüber ist sich jeder klar, der eine Ahnung von ökonomischen Dingen hat. Sofortige Wiederherstellung der Produktion heißt daher zunächst sofortige Wiederherstellung der kapitalistischen Produktion. Daran kann auch das stärkste sozialistische Wollen nichts ändern. Das Proletariat selbst ist bei blühender kapitalistischer Produktion besser daran als bei einem Sozialismus, der unzureichend produziert. Ein Kommunismus des Teilens, der Wünderung der Reichen, vermehrt nur die Produktionskosten und den Mangel an Produkten. Der Sozialismus, der das Proletariat befreien soll, muß mehr produzieren als der Kapitalismus.

Aber damit ist keineswegs gesagt, daß eine sozialistische Regierung heute ebenso zu verfahren hätte wie eine kapitalistische. Der Kapitalismus ist ein sehr elastisches Ding und kann die verschiedensten Formen annehmen und es ist für das Proletariat keineswegs gleichgültig, welches diese Formen sind. Andererseits, wenn auch nicht die sofortige Sozialisierung der gesamten Produktion möglich ist, gibt es doch eine Reihe von Produktionsweisen, bei denen sie heute schon nicht nur durchführbar, sondern sogar notwendig wird im Interesse der Gesamtproduktion selbst.

Eine sozialistische Regierung kann und wird die Interessen des Proletariats auch innerhalb kapitalistischer Produktion ganz anders wahren als eine kapitalistische. Und sie allein kann die nötige Energie aufbringen, um dort zu sozialisieren, wo es im Interesse der Menschheit geboten ist. Die Befreiung des Schweregrads, die man ihr zuweilen, kann allerdings nur durch eine Vermehrung der Produktion erfolgreich unternommen werden. Das Schweregrad ist ein Ergebnis des Mangels an Produkten, es tritt überall auf, wo solcher Mangel besteht. Die transitorische Schweregrad herrscht von 1789 ebenso wie der bürgerliche Terror verhalten vergeblich, ihm ein Ende zu machen. Ihre Unterdrückungsmittel vermehren bloß seine Triebkräfte (Bestrafungen, Transportsstrafen usw.) und erhöhen dadurch die von ihm geforderten Kräfte. In dem Maße, in dem die Produktion wächst, hört das Schweregrad von selbst auf.

Das aber nicht anhört, was immer mehr zunimmt, das ist die Subvention der Massen durch die großen Kommunisten, namentlich der Bergwerke. Die ist rücksichtslos Sozialismus schon jetzt am Werke, nicht bloß im Interesse der beteiligten Arbeiter, sondern der gesamten Bevölkerung. Eine